



# GeNi aktuell

## Gesundheitsgewerkschaft Niedersachsen im dbb

Ausgabe 13

Mai 2011

[www.geni-online.de](http://www.geni-online.de)

### **Thema: „Verbesserungen“ des TVöD – Besonderer Teil Krankenhäuser**

Die dbb tarifunion und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) haben sich am 1. Februar 2011 auf umfangreiche „Verbesserungen“ im besonderen Teil Krankenhäuser geeinigt.

#### **Zuschlag für den nächtlichen Bereitschaftsdienst**

Beschäftigte erhalten für die Zeit des Bereitschaftsdienstes in den Nachtstunden (21-6:00h) je eine Stunde einen Zeitzuschlag in Höhe von 15v.H.

#### **Zusatzurlaub für den nächtlichen Bereitschaftsdienst**

Für die Zeit der Bereitschaftsdienste in den Nachtstunden erhalten Beschäftigte einen Zusatzurlaub in Höhe von zwei Arbeitstagen pro Kalenderjahr, sofern mindestens 288 Stunden der Bereitschaftsdienste kalenderjährlich in die Zeit zwischen 21 und 6:00h fallen.

#### **Jahressonderzahlung in Entgeltgruppe 9a KR**

Beschäftigte der EG 9a KR erhalten ab dem Jahr 2011 eine Jahressonderzahlung in Höhe von 90 v.H. (bisher 80v.H.). Damit werden evtl. Verluste aufgefangen, die Beschäftigte der EG 8 hätten, wenn sie in die EG 9a aufsteigen.

#### **Die Änderungen, die im besonderen Teil Krankenhäuser (BT-K) vereinbart wurden, werden entsprechend auch im besonderen Teil Pflege- und Betreuungseinrichtungen (BT-B) vorgenommen.**

#### **„Verbesserung“ des TVöD – Besonderer Teil PflegeZeitzuschlag für Nacharbeit**

Auszubildende nach dem TVöD Besonderer Teil Pflege erhalten für Nacharbeit (21-6:00h) einen Zeitzuschlag von mindestens 1,28€. Dies gilt sowohl für Auszubildende in den Krankenpflegeberufen als auch in den Altenpflegeberufen.

#### **Tarifvertrag zur Zukunftssicherung der Krankenhäuser (TV ZUSI-VKA)**

Gemäß der Vereinbarung in den Einkommensrunden vom Jahr 2010 haben die dbb tarifunion und die VKA den TV ZUSI mit etwas veränderten Inhalten erneut vereinbart.

#### **Geltungsbereich**

Zusätzlich zu den Auszubildenden sowie Schülerinnen und Schülern sind nunmehr auch die Praktikantinnen und Praktikanten nach dem TVPöD vom Geltungsbereich des TV ZUSI ausgenommen. **Nicht mehr ausgenommen sind Psychiatrische Fachkrankenhäuser, ihre Einrichtungen und Tochtergesellschaften**

#### **Anwendungsvereinbarungen**

Auch zukünftig ist zur wirtschaftlichen Zukunftssicherung eines Krankenhauses und zur Sicherung von Arbeitsplätzen für die Beschäftigten eine Anwendungsvereinbarung nötig die von den Tarifvertragsparteien auf Basis des TV ZUSI vor Ort ausgehandelt wird.

#### **Beschäftigungsbeitrag**

Der Beitrag der Beschäftigten der in einer Anwendungsvereinbarung vereinbart werden kann, ist nunmehr auf 6v.H. des Jahresbruttoeinkommens begrenzt. Die Ausgestaltung von so genannten Genussrechten, wie sie noch im alten TV

ZUSI vorgesehen war, ist nicht mehr möglich. Die Einführung dieser Genussrechte war schon in der Vergangenheit aus rechtlichen Gründen so gut wie ausgeschlossen.

### **Beschäftigungssicherung**

Auch weiterhin sind betriebsbedingte Beendigungskündigungen für die Laufzeit einer Anwendungsvereinbarung ausgeschlossen.

In Zeiten von sehr schwieriger Personalgewinnung darf ein ZUSI überhaupt noch erwähnenswert sein.

Die Arbeitgeber, Arbeitnehmervertretungen und auch die Gewerkschaften müssen Konzepte entwickeln, die die Berufe im Gesundheitswesen wieder attraktiv machen. Dazu gehören zum einen finanzielle Anreize durch die Überarbeitung der Entgelttabellen zu schaffen. In unserem alten BAT sind immer noch die Eingruppierungen beschrieben und da es immer noch keine Entgeltordnung gibt zählen diese Richtlinien. Dabei stellt man sehr schnell fest, dass z.B. die Pflegeberufe auf Grund ihrer Tätigkeit zu niedrig eingruppiert wurden.

Zum anderen müssen Pflegekräfte die Möglichkeiten haben sich zu Qualifizieren. Doch leider geht der Trend in eine andere Richtung. Statt die 2-jährige Fachkrankenpflegeausbildung weiter auszubauen, wurde sie in vielen Bereichen abgeschafft. Dafür sind auf einmal neue Berufsbilder entstanden. Z.B. Pflegeservicekräfte, OTA's (operationstechnische Assistenten), Pflegeassistenten die alle etwas gemeinsam haben. Eine Ausbildung die um die Hälfte der Zeit reduziert wurde und die Einstiegsvoraussetzungen wurden extrem herunter gesetzt. Soll das die neue „Qualität“ in der Pflege sein?

Einige aber noch sehr wenige Beschäftigte in der Pflege absolvieren Studiengänge in Pflegerelevanten Schwerpunkten. Aber auch für diese Beschäftigten haben sich die Arbeitgeber schon Gedanken gemacht. Es laufen zur Zeit viele Bestrebungen, das diese neue Berufsgruppe auch Arzttätigkeiten übertragen bekommen soll. Damit erhoffen sich die AG eine Entlastung der Ärzte zu günstigen

Konditionen. Einige Klinikkonzerne versuchen dies sogar mit Unterstützung von den jeweiligen Betriebsräten durch Betriebsvereinbarungen umzusetzen.

---

### **Thema: Bremen - Warnstreik TV-L Bereich**

12000 Beschäftigte der Länder Niedersachsen und Bremen haben am 3.März 2011 gemeinsam für die gewerkschaftliche Einkommensforderung demonstriert.

Die dbb tarifunion fordert für die Beschäftigten der Länder – bei einer Laufzeit von 14 Monaten – einen Sockelbetrag von 50€ und eine Anhebung der Tabellenentgelte um 3%. Auch soll der materielle Gehalt der Tarifeinigung zeit- und inhaltsgleich auf den Beamtenbereich übertragen werden.

Die Entwarnung kam gemessen an den anderen Tarifverhandlungen normalerweise üblichen Ritualen überraschend schnell: Am frühen Abend des 10.März 2011 einigten sich Gewerkschaften und Arbeitgeber in der dritten Verhandlungsrunde in Potsdam auf einen tragfähigen Tarifkompromiss für die Beschäftigten der Länder.

- Einmalzahlung für die Beschäftigten in Höhe von 360€
- Lineare Erhöhung von 1,5% zum 1.April 2011 und 1,9% (plus einen Sockelbetrag von 17€) ab 1.Januar 2012
- Die Straßenwärter und der Küstenschutz erhalten eine Zulage von 25€
- Es wurde eine Laufzeit von 24 Monaten bis Ende Dezember 2012 vereinbart

Dieses Ergebnis kann und darf nicht Parameter für die Verhandlungen mit Bund und Kommunen sein. In vielen bereichen des TVöD fehlen uns jetzt schon die Fachkräfte weil wir den Kampf um die besten Köpfe verloren haben. Für die Entgeltrunde 2012 erhoffen wir uns ein Ergebnis, wo es sich wieder lohnt seine Arbeit in diesen Bereichen zu leisten. Fehlende Anerkennung und geringe monetäre Leistungen treiben den öffentlichen Dienst in die

Handlungsunfähigkeit und die Fachkräfte zu den privaten Arbeitgebern.

---

### **Thema: Überleitungsverträge**

Ende des Jahres laufen bei den ehemaligen Landeskrankenhäusern die Überleitungsverträge aus.

Die Tarifreferenten sind dabei mit den Arbeitgebern in Kontakt zu treten.

---

### **Thema: Tarifpluralität**

Unter dem Thema „Keine gesetzliche Tarifeinheit – Finger weg vom Streikrecht“ führte die dbb tarifunion mit Ihren Mitgliedsgewerkschaften und dem Marburger Bund am 04.April 2011 eine Kundgebung vor dem Bundeskanzleramt durch.



Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) fordern, dass nur noch der Tarifvertrag der mitgliedstärksten Gewerkschaft im Betrieb zur Anwendung kommen soll. Alle anderen Gewerkschaften sollen vom Streikrecht ausgeschlossen werden. Vertreter der betroffenen Berufsgruppen, darunter angestellte Ärzte, Lehrer, Lokführer, Straßenwärter und Krankenpfleger, wurden vor dem Bundeskanzleramt mit Handschellen gefesselt und symbolisch in einen „Tarifknast“ gesperrt, um die existenzielle Bedrohung der tarifpolitischen Eigenständigkeit zu veranschaulichen.

Es gibt keine Notwendigkeit für eine gesetzliche Regelung. Dieses Vorgehen von BDA und DGB unterstützt vielmehr

Herausgeber: GeNi Landesvorstand 1. Vorsitzender Jens Schnepel  
Redaktion: Michael Borges, E-Mail: info@michael-borges.de

die Strategie einiger Arbeitgeber, die Rechte von Arbeitnehmern und Gewerkschaften in allen Bereichen zu beschneiden. Außerdem sind es dieselben Unterstützer, die auch gegen Mindestlöhne agitieren, reguläre Arbeitsverhältnisse durch Zeitarbeit ersetzen wollen oder die Tarifbindung auflösen wollen, wo immer es geht.

Auch der ver.di Vorstand hörte nun auf seine Fachbereiche und Landesverbände distanziert sich von der Initiative von BDA und DGB. In einer Pressemitteilung berichteten sie:

„Danach lehnt eine Mehrheit der Delegierten erkennbar jede gesetzliche Regelung der Friedenspflicht – und zwar auch eine, die in Fällen sich überschneidender Tarifverträge verschiedener Gewerkschaften die Tarifeinheit auf dem Boden des Mehrheitsprinzips herstellen würde – grundsätzlich ab.“

Daher hat nun auch ver.di erkannt, dass die Kolleginnen und Kollegen des Öffentlichen Dienst in seiner Vielfalt nicht als ein Feld betrachten, in dem es vor allem darum gehen kann, das tarifpolitisch straff durchregiert wird, sondern dass die Pluralität der Berufsbilder und Betriebe nicht in eine Tarifeinheit gezwungen werden kann.

---

### **Thema: Verabschiedung von Ursula Beckert**

Bei der diesjährigen Frühjahrstagung am 05.April 2011 wurde die ehemalige Vorsitzende der reg.FG Königslutter verabschiedet.

Der Landesvorstand bedankte sich bei ihr für ihre langjährige Arbeit in der GeNi.

---

### **Thema: GeNi Info-Tag in der MHH**

Am 21.Juni 2011 führte die reg. Fachgruppe MHH mit Mitgliedern des Landesvorstand der GeNi eine Informationsveranstaltung in der MHH durch.

Mehrere hunderte Beschäftigte der MHH zeigten großes Interesse an unserer Gewerkschaftsarbeit, wobei viele tarifpolitische Themen angesprochen worden sind.

---

Weitere GeNi Info -Tage sind geplant.



---

### Thema: Tarifabschluss zur Zusatzversorgung

Am 30.Mai 2011 hat die dbb tarifunion mit dem Bund, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TDL) und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) in den Tarifverhandlungen zum Thema Zusatzversorgung einen Abschluss erzieht.

Gewerkschaften und Arbeitgeber haben nun Verbesserungen bei den Startgutschriften rentenferner Beschäftigter mit langen Vorzeiten vereinbart und sich auf weitere Anpassungen in den Tarifverträgen zur Zusatzversorgung verständigt.

- Mutterschutzzeiten werden künftig als Umlagezeiten in der Zusatzversorgung anerkannt
- Personen die in eingetragener Lebenspartnerschaft leben, werden künftig bezüglich der Hinterbliebenenversorgung Ehegatten gleichgestellt
- Die beschlossenen Veränderungen im Übergangsrecht des Punktemodells bringen keine finanziellen Belastungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit sich, sondern werden als mit Systemwechsel verbundene Anpassungen vollständig von der Arbeitgeberseite getragen.

---

### Thema: Kreisverband Hannover nbb

In der Kreisverbandsversammlung vom 24.Mai 2011 referierte Hr. Detlef Tanke, stellv. Fraktionsvorsitzender der SPD und Leiter des Arbeitskreises Umwelt und Energie, zum Thema Energiepolitik in Niedersachsen.

In seinem Vortrag konnte er sehr gut darstellen, welche Potentiale für Energiegewinnung in Niedersachsen vorhanden sind und wie man sie gewinnen kann. Das Ziel ist es, durch den Ausbau von erneuerbaren Energien so schnell als möglich aus der Atomenergie auszusteigen, so dass Niedersachsen das erste atomkraftfreie Bundesland wird.

Das kann aber nur erfolgreich durchgeführt werden, in dem man die Forschung und Entwicklung an den Universitäten fördert.

Der Kreisverband Hannover führt Diskussionen mit Politikern vor Ort öfter durch und würde sich freuen interessierte GeNi Mitglieder bei den Veranstaltungen begrüßen zu können.

---